Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit und Soziales

51. Sitzung
3. April 2025

Beginn: 09.04 Uhr
Schluss: 12.08 Uhr
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD); zeitweise Tonka Wojahn (GRÜNE, stellv. Vorsitzende)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Catrin Wahlen (GRÜNE) stellt die im Vorfeld schriftliche eingereichte Frage:

„Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen zum Rahmenvertrag Eingliederungshilfe fragen wir den Senat, ob die Option besteht, die mit den Verbänden entwickelte Umstellung der heutigen Leistung auf die neue Vergütungsstruktur umzusetzen?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, dem Senat sei es wichtig, eine Verhandlungslösung zu erreichen. Zur vollständigen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes sei der neue Rahmenvertrag, den man seit Sommer 2024 verhandele, notwendig. Aktuell führe man Gespräche mit den Verbänden. Die Widerspruchsfrist ende nächste Woche. Man erhoffe sich eine gemeinsame Verhandlungslösung. Details aus den Verhandlungen könne sie im Ausschuss nicht teilen.

Catrin Wahlen (GRÜNE) erkundigt sich, wie es dazu gekommen sei, dass die Verhandlungen vorläufig gestoppt worden seien. Inwiefern sehe die Senatorin darin ein Omen für die nächsten Haushaltsverhandlungen?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bemerkt, aus Sicht der Senatsverwaltung seien die Gespräche konstruktiv verlaufen. Alle Verbände hätten sich beteiligt. Aufgrund der Äußerungen eines Verbandes sei die notwendige Einstimmigkeit nicht gegeben. Man versuche, gemeinsam mit den Verbänden eine Lösung zu finden.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt die im Vorfeld schriftliche eingereichte Frage:

„Wie stellt der Senat sicher, dass die in die Einzelpläne eingestellten Tarifmittel die zugesagte Tarifierhöhung vollständig refinanzieren und zeitnah und einheitlich an die freien Träger ausgereicht werden?“

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, der Senat und die Abgeordneten hätten dafür gekämpft, dass für 2025 eine Tarifvorsorge getroffen worden sei. Auch für den Doppelhaushalt 2026/2027 sei eine dezentrale Tarifvorsorge vorgesehen. Dafür sei jede Senatsverwaltung selbst zuständig. Als Arbeitssenatorin sei ihr wichtig, dass das Leitbild Gute Arbeit auch als Querschnittsaufgabe ernst genommen werde. Sie werde dazu einen Brief an alle Senatsverwaltungen und Bezirke aufsetzen. Die Gelder sollten zur Refinanzierung der Tarifentwicklung genutzt werden.

Damiano Valgolio (LINKE) möchte wissen, wann die zusätzlichen Mittel an die Träger ausbezahlt würden.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt, man bemühe sich darum, dies schnellstmöglich zu leisten.

Vorsitzender Lars Düsterhöft erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) berichtet, am 31. März habe man den ersten Zwischenbericht zur Machbarkeitsstudie für ein Azubiwerk in Berlin vorgestellt. Eingeladen gewesen seien auch die Handwerkskammer, die IHK, die Gewerkschaftsjugend und verschiedene Wohnungsbaugesellschaften. Minor habe die Bedarfe analysiert und dafür Interviews mit Auszubildenden und Interessierten geführt. Es seien online über 3 000 Auszubildende befragt und Fokusgruppen gebildet worden, um die Bedarfe zu analysieren. Die Wohnungsmarktsituation in Berlin sowie die für das Wohnen aufzubringenden Kosten seien analysiert worden. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Berlin sei insbesondere für Auszubildende eine erhebliche Belastung. In einem zweiten Schritt solle nun überprüft werden, welcher Rechtsweg der beste sei, um in Berlin ein Azubiwerk einzurichten. Auch ein Businessplan werde entwickelt. Der Endbericht solle Ende des Jahres 2025 vorliegen.

Auch die Handwerkskammer habe eine Umfrage gemacht. Auch diese sei am 31. März vorgestellt worden. Untersucht worden sei zusätzlich, ob die Unternehmen grundsätzlich bereit seien, einen Zuschuss zu leisten, um ihre potenziellen Auszubildenden zu unterstützen. Im Schnitt seien die Betriebe dazu bereit. Auch im Azubiwerk München hätten die Unternehmen Belegungsrechte und zahlten dafür einen Beitrag.

In der vergangenen Woche sei ein Stadtteilzentrum in Schöneberg eröffnet worden. Träger sei die Immanuel Beratung, eine gemeinnützige Gesellschaft, die mit über 100 Einrichtungen in sieben Bundesländern aktiv sei und viel Erfahrung habe. Der Ort an der Hauptstraße sei zentral gelegen und, was den Sozialraum und die Bedarfe angehe, gut gewählt. Stadtteilzentren seien als Orte der Begegnung, der Demokratie und der Nachbarschaftshilfe einer der Schwerpunkte der SenASGIVA. Sie freue sich über die Eröffnung.

Die Reform des Berliner Zuwendungsrechts habe man erfolgreich abgeschlossen. Seit August 2023 habe man daran gearbeitet. Ziel sei eine Vereinfachung des Zuwendungsrechts und der Zuwendungspraxis sowie eine Optimierung und Digitalisierung derselben gewesen. Es habe ein breiter Beteiligungsprozess mit vielen Akteurinnen und Akteuren, Workshops und über 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stattgefunden. Über 850 Ideen seien eingebracht worden, es hätten auch mehr als 200 Zuwendungsempfangende teilgenommen. Man habe den Rechnungshof an der Seite gehabt, auch die Investitionsbank Berlin. Das Ziel der Modernisierung des Zuwendungsrechts habe man mit 26 Reformvorschlägen, die man umsetzen werde, erfolgreich finalisieren können. Jetzt arbeite man gemeinsam mit SenFin und SenMVKU an den Ausführungsvorschriften. SenASGIVA sei federführend. Im Sommer 2025 werde alles in Kraft treten. Es werde viele Erleichterungen für die Träger und die Verwaltung geben. Man wolle Bürokratie abbauen. Aktuell werde 40 Prozent der Zeit für die Bearbeitung von Anträgen aufgewendet. Dies gelte es zu reduzieren. Konkrete Reformvorschläge seien etwa der vereinfachte Abruf von Mitteln, mehrjährige Förderungen und ein Modellprojekt die Gemeinkostenpauschale betreffend.

Taylan Kurt (GRÜNE) fragt im Hinblick auf das Azubiwerk, inwiefern ein Akteur geschaffen werden solle, der auf dem Wohnungsmarkt die benötigten Wohnungen akquiriere und Unterbringungsmöglichkeiten schaffe. Inwiefern verknüpfe SenASGIVA damit die Überlegungen zum Sozialunternehmen? Wie viele Mittel stünden im Jahr 2025 für die Stadtteilzentren und die mobile Stadtteilarbeit zur Verfügung?

Die Reform des Zuwendungsrechts sei zu begrüßen. Könne die Senatorin die Kosten für die bürokratischen Aufwände beziffern, die nun für die Träger entfielen? Welche Konsequenzen habe die Reform für den Haushaltsgesetzgeber? Welches Haushaltsvorgehen sei mit Blick auf die mehrjährigen Förderungen angedacht?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, mit dem zweiten Teil der Machbarkeitsstudie werde man die konkrete Umsetzung des Azubiwerks in Berlin eruieren. In München baue das Azubiwerk nicht selbst Wohnungen, sondern kooperiere mit der Wohnungsbaugesellschaft München. Dies funktioniere über einen Generalmietvertrag. Eine ähnliche Richtung strebe man für Berlin an, man warte aber zunächst die Ergebnisse der Studie ab. Die Fragen, in welcher Höhe man das Azubiwohnen unterstütze, welche Belegungsgelder die Unternehmen leisteten und welchen Beitrag die Azubis, seien noch offen, müssten aber besprochen

werden. Zu den finanziellen Ansätzen bezüglich der Stadtteilzentren könne sie aktuell nichts sagen. Man befinde sich noch im Aufstellungsverfahren.

Bezüglich der mehrjährigen Förderungen werde es in Zukunft so sein, dass bestimmte Angebote, die Strukturen schafften, die absehbar auch für die Zukunft gebraucht würden, die Möglichkeit hätten, nach fünf Jahren einen Antrag auf mehrjährigen Bedarf zu stellen. Dies werde dann für einen längeren Zeitraum bewilligt, müsse zwar jedes Jahr noch mal beantragt werden, aber nicht im bisherigen Umfang. Man freue sich gemeinsam mit den Zuwendungsempfängenden darüber, dass es diese Möglichkeit geben werde.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt mit Blick auf die Machbarkeitsstudie zum Azubiwerk, wie groß der ermittelte Bedarf sei. In welchem Umfang werde das geplante Azubiwerk den Bedarf decken können? Mit wie vielen Plätzen könne man rechnen? Sei die Senatsverwaltung bereits mit Wohnungsbaugesellschaften in Kontakt? Welche Wohnungsbaugesellschaft könne die Aufgabe übernehmen, und gebe es bereits ein Grundstück? Mit welchen Kosten rechne die Senatorin?

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, ob auch eine Refinanzierung der Betriebsratsarbeit angedacht sei. Wie stehe es um das Besserstellungsverbot?

Sven Meyer (SPD) möchte wissen, wie die IHK und der UVB die Schaffung des Azubiwerks begleiten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, dass man beim Azubiwerk mit einer gewissen Platzzahl starten werde, die es dann zu erhöhen gelte. Dies habe auch München so gemacht. Dort sei man mit 100 Wohnungen gestartet, habe sich aber das Ziel gesetzt, 1 000 Wohnungen zu schaffen. Aktuell liege man dort bei circa 600 Wohnungen. Man verfolge auch andere Bemühungen, wie etwas das Beschäftigtenwohnen für Beschäftigte und Auszubildende im öffentlichen Dienst. Im Koalitionsvertrag habe man festgehalten, dass man das Azubiwohnen stärken wolle. Auch in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene habe sie sich zum Thema Azubiwohnen einbringen können. Ihr sei bekannt, dass das Programm Junges Wohnen verdoppelt werden solle. Geplant sei, dass man durch die Festlegungen auf Bundesebene zum Programm Junges Wohnen auch von dem Sondervermögen Gebrauch machen könne. Im Berliner Doppelhaushalt versuche man, das Azubiwerk fortzuführen. Die Frage nach den Kosten könne sie aktuell noch nicht beziffern. Die Handwerkskammer und die IHK seien am Azubiwerk interessiert, denn es gehe um die Gewinnung von Fachkräften und um die Nachwuchsförderung. Auch der UVB spreche sich öffentlich für das Azubiwerk aus.

Bezüglich der Frage nach der Finanzierung der Betriebsratsarbeit verweise sie auf die Richtlinien der Regierungspolitik. Gemeinsam mit den Zuwendungsempfängern werde man besprechen, welchen Kosten bei den unterschiedlichen Trägern anfielen und wie man womöglich eine Pauschale erarbeiten könne. Sie sei sich sicher, dass das Thema im Prozess berücksichtigt werde.

Taylan Kurt (GRÜNE) erklärt, es gebe in Berlin 50 000 wohnungslose Menschen. Man müsse daher die Frage mitdenken, wie man die Gesamtzahl verfügbaren Wohnraums erhöhen könne. Warum habe sich SenASGIVA im Rahmen der Machbarkeitsstudie nur auf das Modell München und das Thema Belegungsrechte im Bestand fokussiert? Warum prüfe die Se-

natsverwaltung nicht die Umsetzbarkeit eines Sozialunternehmens? Inwiefern werde auch erwogen, ob große Unternehmen, die vom Azubiwerk profitierten, selbstständig Wohnraum bereitstellen könnten?

Bezüglich der Ausführungen zum Zuwendungsrecht interessiere ihn, inwiefern der Senat im Rahmen der Ausführungsvorschrift plane zu konkretisieren, wer unter die mehrjährige Förderungen fallen werde? Welche Kriterien würden dafür angelegt?

Christoph Wapler (GRÜNE) erinnert an seine Frage zum Besserstellungsverbot. Solle dieses abgeschafft werden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist darauf, dass sie den Vorschlag gemacht habe, in Berlin ein Sozialunternehmen zu gründen. Sie sei nach wie vor davon überzeugt, dass dies die beste Lösung sei und halte an diesem Ziel fest. Auch mit den Wohnungsbaugesellschaften habe man Gespräche geführt, etwa mit der HOWOGE und der Berlinovo. Anders als in München werde man nicht mit 600 Wohnungen starten können. Die Zahl werde deutlich geringer sein. Ziel sei es, kontinuierlich aufzubauen. Auch die Unternehmen seien in der Verantwortung. Die Landesbetriebe überlegten zum Beispiel, auf ihren Gewerbehöfen Wohnungen zu bauen. Es finde ein Umdenken statt, was die Betriebswohnungen angehe.

Die angesprochene Ausführungsvorschrift werde aktuell erarbeitet und solle konkrete Kriterien enthalten.

Eine Abschaffung des Besserstellungsverbot sei aktuell nicht geplant, man prüfe aber, was anders gemacht werden könne.

Katina Schubert (LINKE) verweist auf die rote Nummer 1688 B, in welcher stehe, dass das Sozialunternehmen aus haushälterischen Gründen nicht weiter verfolgt werde; auch das Rechtsgutachten werden nicht mehr kommen. Sei geplant, dass im Haushalt 2026/2027 Mittel für das Sozialunternehmen eingestellt würden?

Taylan Kurt (GRÜNE) bittet um Aufklärung, was bezüglich des Sozialunternehmens gelte. In der Zeitung stehe, dass der Senat die Pläne zum Sozialunternehmen stoppe. Die Senatorin spreche von dem Wunsch, den Plan weiterzuverfolgen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, aus haushaltsrechtlichen Gründen habe es keine Mehrheit für das Sozialunternehmen gegeben. Das bedeute aber nicht, dass sie das Vorhaben fallen lasse. Sie wolle die Idee fortführen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) ergänzt, im Vergleich zur Vorgängerregierung sei es gelungen, die Idee weiterzuentwickeln und zu konkretisieren. Dabei habe man festgestellt, dass die Umsetzung Hunderte Millionen Euro erfordern würde, um Kredithelpe in Milliardenhöhe heben zu können. Dies werde in der laufenden Legislatur nicht umzusetzen sein. Die Vorarbeit für eine zukünftige Koalition sei aber geleistet. Geplant sei, im Rahmen der Gegebenheiten des Haushalts die Machbarkeitsstudie und das Gutachten soweit auf den Weg zu bringen, dass eine zukünftige Regierung ohne Vorlauf in die Umsetzung gehen könne.

Mit der Reform des Zuwendungsrechts eröffne man einen dritten Weg zwischen institutioneller Förderung und normaler Förderung. Dies heiße nicht, dass es eine automatische Bewilligung geben werde. Die Antragsanstellung sei nur deutlich vereinfacht.

Maik Penn (CDU) hält fest, die Idee zum Sozialunternehmen sei unter Rot-Rot-Grün nicht konkretisiert oder verfolgt worden. Ein Konzept habe noch nicht vorgelegen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die finanziellen Mittel für die Umsetzung nicht vorhanden. Gebe es abgesehen von der Struktur des Sozialunternehmens Überlegungen, die unterschiedlichen Bedarfe neu unter einem Dach zu organisieren?

Taylan Kurt (GRÜNE) weist darauf hin, dass die Zahl der Wohnungslosen in Berlin in den nächsten Jahren auf 100 000 steigen werde. Er lege dem Senat nahe, vor diesem Hintergrund die Kosten eines ASOG-Platzes mit den Kosten zur Schaffung eines Sozialunternehmens zu vergleichen. Es sei günstiger, jetzt ein Sozialunternehmen zu schaffen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erklärt, sie freue sich, dass der Abgeordnete Kurt ihre Argumentation für die Einrichtung eines Sozialunternehmens übernommen habe. Sie trage genau diese Argumente vor. Die ASOG-Einrichtung sei sehr teuer. Deshalb verfolge man das Ziel der Einrichtung eines Sozialunternehmens mit der Machbarkeitsstudie weiter.

Bezüglich der Frage des Abgeordneten Penn verweise sie auf das GStU-Umsetzungsgesetz. Auch in vielen anderen Bereichen werde eine gesamtstädtische Steuerung diskutiert. Man sei auf einem guten Weg.

Vorsitzender Lars Düsterhöft erklärt den Tagesordnungspunkt für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Maßnahmen zur Verbesserung von Zugängen,
Zusammenarbeit und diskriminierungssensibler
Arbeit für EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in
prekären Lebenslagen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0218](#)
ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0206](#)
ArbSoz
**Einsparungen im Bereich Arbeit und Soziales für
das Haushaltsjahr 2025**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0235](#)
ArbSoz
Ausblick auf die Haushaltsaufstellung 2026/2027
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Katina Schubert (LINKE) erklärt, vor dem Hintergrund der neuen Haushaltssystematik interessiere ihre Fraktion, wie sich das Haus auf die Haushaltsaufstellung vorbereite und wie weit die Planungen fortgeschritten seien.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) verweist im Hinblick auf Punkt 4a auf den Nachtragshaushalt und die Anlage 9. Für die restliche dezentrale PMA habe man eine technische Lösung gefunden. Die Klärung und Auflösung werde bis Ende des Jahres erfolgen. Aktuell gebe es nur technische Sperren, keine endgültigen Festlegungen.

Zu 4b erinnere er an den am 18. Februar 2025 im Senat gefassten Eckwertebeschluss. Für SenASGIVA ergebe sich daraus für 2026 ein Budget in Höhe von 1,829 Milliarden Euro. Bis zum 17. April werde man SenFin einen Vorschlag zur Verteilung des Budgets vorgelegen. SenFin werde dies prüfen, danach werde man noch einmal ins Gespräch gehen. Der Senatsbeschluss zum Entwurf für den Doppelhaushalt solle vor der Sommerpause getroffen werden. Aktuell befinde man sich noch in Klärung. Verschieden Themen, etwa die Transferkostensteuerung, würden intensiv beraten. Dazu seien auf Senatsebene entsprechende Beratungsrunder eingerichtet worden.

Taylan Kurt (GRÜNE) bittet um eine Auskunft zum Haushaltsrahmen. Wie viel Geld werde grundsätzlich zur Verfügung stehen? An welcher Stelle seien Kosteneinsparungen geplant? Welche Folge hätten diese für den laufenden Haushalt, aber auch für die Haushaltsaufstellung? Welche hausinternen Präferenzen habe SenASGIVA mit Blick auf die Sammeltitel mit den Zuwendungen? Welche Projekte wolle man verstetigen, und welche werde man anpassen? Wie werde der Prozess ablaufen? Wie viele Mittel seien für die Stadtteilzentren eingeplant?

Katina Schubert (LINKE) sagt, sie gehe davon aus, dass noch etwa 19 Millionen Euro aufzulösen seien. Sei der Plan, bis zum Ende des Jahres zu warten und zu hoffen, dass 19 Millionen Euro übrigblieben, weil sie nicht verausgabt worden seien, oder seien konkrete Maßnahmen geplant, um die restliche PMA aufzulösen? Im ISP gebe es eine Sperre. Wie werde damit weiter verfahren? Werde es Kürzungen geben und wenn ja, welche? Oder sei eine Freigabe gesperrter Mittel geplant?

Wie detailliert erfolge die Budgetaufstellung seitens SenASGIVA, und nach welcher Systematik erfolge diese? Führe beispielsweise ein unvorhergesehener Anstieg der Eingliederungsleistungen zu Kürzungen bei anderen Budgets? Wie werde die Tarifvorsorge funktionieren?

Was bedeute es, wenn es zu höheren Tarifsteigerungen komme als im Budget angenommen? Welche Konsequenzen habe dies auf die anderen Budgets, etwa im Zuwendungsbereich?

Tonka Wojahn (GRÜNE) bemerkt, man habe der Presse entnommen, dass aufgrund der Streichung des zentralen Titels für den Tarifausgleich jede Senatsverwaltung aus ihrem eigenen Etat entsprechende Mittel bereitstellen müsse. Im Kulturbereich seien für institutionell tarifgebundene Einrichtungen 90 Prozent vorgesehen, für die sonstigen 50 Prozent. Wie werde SenASGIVA vorgehen, und woher aus dem eigenen Etat wolle man die entsprechenden Mittel nehmen? Mit welchen Kürzungen im Bereich Arbeit und Soziales sei zu rechnen?

Christoph Wapler (GRÜNE) wünscht sich mehr Informationen zur politischen Schwerpunktsetzung und Strategie. In den Jahren 2023 und 2024 habe man eine Haushaltskrise und ein Haushaltschaos erlebt. Wie gehe SenASGIVA vor, um eine Wiederholung dieses Szenarios zu vermeiden? Wie wolle man den Trägern zeitnah Planungssicherheit geben? Welche Strategie verfolge die Senatorin bei den kommenden Haushaltsverhandlungen, auch gegenüber SenFin? Welche politischen Schwerpunkte wolle sie setzen? Wie werde man im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Abgeordneten ein transparenteres Vorgehen sicherstellen?

Lisa-Bettina Knack (CDU) erklärt, man befinde sich in einem guten Austausch und sei sich der gemeinsamen Verantwortung bewusst. Es werde in einigen Teilansätzen zu Reduzierungen kommen. Man werde aber auch Schwerpunkte setzen. Wie auch in der Vergangenheit werde es einen Entwurf geben, den man im Herbst gemeinsam im Abgeordnetenhaus diskutieren werde.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) führt aus, das Thema Eingliederungshilfe und andere Transferkostenbereiche schaue sich der Senat in einer von SenFin zusammenberufenen Gruppen an. Es nähmen die Bildungs- und Jugendverwaltung, Gesundheits- und Pflegeverwaltung sowie SenASGIVA teil. Man schaue sich verschiedene Ansätze an. Auch die Bezirke hätten Ideen eingebracht. Ein Ergebnis könne er noch nicht nennen. Auch zu der Frage nach dem Sammeltitel mit den Zuwendungen könne er noch kein Ergebnis nennen. Man befinde sich noch im Prozess.

Bei den Stadtteilzentren werde man keine Einsparungen vornehmen. Der Wille der Senatorin sei an dieser Stelle klar kommuniziert worden. Bezüglich der Frage nach den politische Leitlinien liege der Fokus auf dem Erhalt bestehender Strukturen, gerade was Institutionen wie die Stadtteilzentren angehe. Man strebe eine klare und transparente Kommunikation an, auch dazu, was die Konsequenzen des Haushalts für 2025, 2026 und 2027 seien. Dass es sich um einen Sparhaushalt handle, sei allgemein bekannt.

Bezüglich der aufzulösenden PMA werde man nicht einfach bis Ende des Jahres abwarten. Man beobachte, wie die Projekte liefen und wo Absenkungen möglich seien. Was vom Haushaltsgesetzgeber für die PMA vorgesehen und mit Sperren belegt sei, sei seines Wissens nicht Gegenstand geplanter Verschiebungen. Beim ISP habe es keine Kürzungen gegeben, lediglich Aufwüchse seien zum Teil nicht vollzogen worden.

Der Senat habe sich darauf verständigt, dass für die Tarifsteigerungen Vorsorge getroffen werden müsse. Es handle sich aber um geschätzte Beträge. Steigerungen in Höhe von 5, 6, 7,

8, 9 oder 10 Prozent seien nicht abgebildet. Wenn die Steigerungen die Vorsorge überträfen, müsse man sehen, wie man die Mittel zusammenbekomme. Die Herausforderung stelle sich bei einer zentralen Vorsorge ebenso wie bei einer dezentralen Vorsorge. Was das Vorgehen des eigenen Hauses angehe, kopiere man das Vorgehen auf Landesebene. Es werde eine zentrale Vorsorge geben, und notleidende Titel würden ihre Bedarfe zentral melden. Der Betrag des Budgets von SenASGIVA betrage für 2026 1,829 Milliarden Euro und für 2027 1,842 Milliarden Euro.

Katina Schubert (LINKE) möchte wissen, ob Bescheide für das gesamte Jahr 2025 verschickt worden seien. Welche Bescheidungspraxis verfolge man aktuell?

Taylan Kurt (GRÜNE) fragt, wie SenASGIVA bei der Auflösung der dezentralen PMA vorgehe. Es habe Medienberichte dazu gegeben, dass SenASGIVA Projekte aus anderen Senatsverwaltungen auffange und finanziere. Auf der anderen Seite liefen Projekte wie das SGE aus. Ein anderes Projekt seien die KARUNA-Lotsinnen und -Lotsen. Ihn interessiere die politische Schwerpunktsetzung der Senatsverwaltung. Welchen Stellenwert habe etwa die Langzeitarbeitslosigkeit?

Lars Düsterhöft (SPD) betont, dass er die Fragen verstehe. Die Debatte über die PMA verwundere ihn allerdings. Es handele sich um eine pauschale Minderausgabe, die im Rahmen der Haushaltsumsetzung gestreckt über das gesamte Jahr aufzulösen sei. Vor diesem Hintergrund verstehe er nicht, dass es Senatsverwaltungen gebe, die bereits am Anfang des Jahres ihre PMA auflösten. Eine PMA habe eine bewusst gesetzte Logik, die im Gegensatz zu den klaren Festlegung von Kürzungen stehe.

Bezüglich der Debatte um die Haushaltsaufstellung verweise er auf die besondere Situation auf der Bundesebene. Es sei etwa unklar, welche Mittel vom Bunde kämen, was aus dem Kernhaushalt ausgelagert werden könne und was man in Zukunft über Schulden finanzieren könne. Unklar seien auch die Ergebnisse der nächsten beiden Steuerschätzungen. Daher sei es gut, dass es ein richtiges Haushaltsaufstellungsverfahren gebe, dass das ganze Jahr dauere. Es sei entsprechend schwer, Anfang April zu sagen, wie das Ergebnis Ende Dezember 2025 aussehen werde. Es handele sich um das normale Verfahren, auch wenn es bei den Abgeordneten für viele Frage sorgen und bei den Zuwendungsempfängenden für viel Unsicherheit.

Katina Schubert (LINKE) erklärt es sei normal, dass im Haushaltsvollzug Mittel übrigblieben. Es mache aber einen Unterschied, ob man eine PMA in Höhe von 5 Millionen Euro oder 19 Millionen Euro habe. 19 Millionen Euro sei schwer über zufällig übrig gebliebene Haushaltsreste darzustellen. Sie begrüße es, dass SenASGIVA eine andere Strategie verfolge als SenBJF. Trotzdem sei das Vorgehen mit Unsicherheiten verknüpft. Als Opposition sehe man sich in der Pflicht, nach dem geplanten Vorgehen zu fragen. Die Haushaltsaufstellung sei das Recht des Senats und der Koalition. Wenn es eine neue Systematik gebe, wolle man aber wissen, wie diese funktioniere, damit man sich entsprechend darauf vorbereiten könne.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) bemerkt, bei der PMA käme es weniger auf die Zahl an sich als auf den Prozentsatz an. Eine PMA in Höhe von 1 Prozent sei innerhalb eines Jahres machbar. Die 19 Millionen Euro seien entsprechend in Relation zu sehen. Das Verfahren sei so, dass man die Einsparungen zunächst über das Haus hinweg linear verteile. Wenn man dabei feststelle, dass dies für Unverhältnismäßigkeiten Sorge oder Konflikte mit politi-

schen Schwerpunktsetzungen entstünden, werde man versuchen umzusteuern. Zu den Prioritäten habe er bereits etwas gesagt. Es gehe darum, bestehende Institutionen zu schützen.

Der Ausschuss beschließt, die Besprechungen zu Punkt 4a und 4b der Tagesordnung zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion die Linke
Drucksache 19/2291
VBB-Begleitservice im Umfang und Qualität erhalten	0234
ArbSoz
Haupt
Mobil(f)
b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2275
Den Teilnehmer*innen und Projekten des Solidarischen Grundeinkommens (SGE) eine sinnvolle Perspektive geben	0248
ArbSoz

Katina Schubert (LINKE) erklärt, es herrsche Einigkeit darüber, dass der VBB-Begleitservice erhalten bliebe solle. Inzwischen sei eine Meldung eingegangen, dass dem Antrag bereits Folge geleistet worden sei und die 35 SGE-Stellen beim VBB erhalten blieben. Wie werde dies konkret umgesetzt? Wie würden die Mittel bereitgestellt? In welchem Einzelplan würden diese lokalisiert? Seien die Mittel weiter personengebunden? Was passiere, wenn jemand ausscheide? Würden dann Stellen nachbesetzt?

Christoph Wapler (GRÜNE) führt aus, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fasse das Thema der Weiterbeschäftigung der Teilnehmenden im SGE etwas weiter. Die Weiterbeschäftigungszusage sei allen Teilnehmenden des Projekts gegeben worden. Noch immer hätten mehrere Hundert Teilnehmende noch keine Beschäftigungsperspektive. Der Senat stehe in der Pflicht, seine Zusage zu konkretisieren. Er trage die Verantwortung für die Erstellung eines Zeitplans und die Erarbeitung einer klaren Perspektive für die Teilnehmenden. Dazu diene der Antrag seiner Fraktion. Er bitte um Zustimmung.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) äußert, zum VBB-Begleitservice habe es Gespräche zwischen SenFin und SenMVKU gegeben. Die SGE-Stellen würden nicht fortgeführt, sondern fortan vom Land finanziert. Die Beschäftigungsgarantie müsse über die SenMVKU erfolgen. Die 35 Personen würden weiterhin in dem Projekt arbeiten. Die für Personal zuständige SenFin habe seines Wissen alles Nötige für die Weiterbeschäftigung über die SenMVKU geklärt. Die grundsätzliche Beschäftigungsgarantie werde eingelöst. Es gebe einen entsprechenden Senatsbeschluss. Alle Betroffenen würden adäquat beschäftigt.

Margrit Zauner (SenASGIVA) ergänzt, die Weiterbeschäftigungsgarantie sei die Auffanglösung. Ziel sei es, dass die Teilnehmenden aus dem SGE bei den Arbeitgebern, bei denen sie bisher beschäftigt seien, in ungeförderter Beschäftigung verblieben. Für die Beschäftigten, bei denen dies nicht funktioniere, greife die Weiterbeschäftigungsgarantie. Die Teilnehmenden des SGE könnten nicht mehr in Maßnahmen für Langzeitarbeitslose kommen, weil sie keine Langzeitarbeitslosen mehr seien.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, in welches Programm man die Stadtteilmütter aufnehmen werde. Sei es korrekt, dass es sich insgesamt um 60 Personen handele?

Lars Düsterhöft (SPD) bemerkt, das SGE sei als Erfolg zu werten. Eine sehr große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sei während der Laufzeit von fünf Jahren in ihrer Arbeit angekommen, hätte tolle Arbeit geleistet und Wertschätzung durch die Arbeitgebenden erfahren. Eine vertiefte Auswertung des Projektes müsse der Ausschuss nach Abschluss desselben vornehmen.

Die Situation, dass kein Träger großes Interesse daran habe, die Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt weiterzuvermitteln, sei bereits vor fünf Jahren absehbar gewesen. Die Lage sei misslich. Nicht nur beim Begleitservice, sondern auch in allen anderen Bereichen entstünden Fragen. Er bitte die Senatsverwaltung um eine Übersicht dazu, wie viele Menschen wohin vermittelt worden seien, um im Laufe des Jahres abschätzen zu können, wo es noch Bedarfe und Lücken gebe.

Katina Schubert (LINKE) erklärt, die Tatsache, dass viele SGE-Teilnehmende nicht auf den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert worden seien, habe auch etwas mit der Beschaffenheit des ersten Arbeitsmarktes sowie der Projekte zu tun. Der VBB-Begleitservice werde seit 2008 über Arbeitsmarktmittel finanziert, sei unbestritten sinnvoll und hätte längst regulär finanziert werden müssen. Auch die Vorgängerregierung habe dies aber aufgrund fehlender Mittel nicht umsetzen können.

Unklar sei ihr, was passiere, wenn jemand ausscheide. Komme es dann zu einer Nachbesetzung oder zu einem schrittweisen Abbau des VBB-Begleitservice? Welchen Plan verfolge man diesbezüglich? Was werde für die anderen SGE-Projekte getan? Was bisher im SGE gemacht worden sei, seien sinnvolle Maßnahmen gewesen, die der Gesellschaften genutzt hätten. Wenn diese eingestellt würden und die Teilnehmenden stattdessen in den Poststellen der Bezirksämter und Senatsverwaltungen arbeiteten, gehe der Gesellschaft etwas verloren. Weiterhin seien die Teilnehmenden für eineinhalb Jahre nicht mehr über Arbeitsfördermaßnahmen förderbar. Zu überlegen sei, ob man das Modell des VBB-Begleitservice nicht insgesamt für die SGE-Stellen nehme, anstatt die Teilnehmenden in Poststellen unterzubringen. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstütze ihre Fraktion.

Christoph Wapler (GRÜNE) bedankt sich für die Unterstützung. Er habe auch den Abgeordneten Düsterhöft so verstanden, dass dieser dem Anliegen des Antrages zustimme. Der Antrag seiner Fraktion fordere das Vorlegen eines Konzepts zu einer konkreten Weiterbeschäftigungsperspektive für die SGE-Teilnehmenden. Mit dem SGE habe man eine Verantwortung für die Teilnehmenden und die Projekte, aber auch für die Kundinnen und Kunden der Projekte übernommen. Wünschenswert sei ein Gesamtkonzept zur Weiterbeschäftigungsperspektive in allen Projekten. Andernfalls müsse man für alle Projekte einen einzelnen Antrag machen, denn sinnvoll seien sie alle.

Lars Düsterhöft (SPD) entgegnet, man brauche kein Konzept, es müsse einfach gemacht werden. Weiterhin müsse man auch die Träger der Maßnahmen in die Verantwortung nehmen. Die Arbeitsverträge seien mit dem Land Berlin und den Trägern geschlossen worden.

Zum Begleitservice führe man eine komische Diskussion, wenn gefordert werde, dass der Begleitservice letztlich wieder durch das Land Berlin finanziert werden solle, weil die Mitarbeitenden einen Arbeitsvertrag mit dem Land hätten. Wünschenswerter und nachhaltiger sei es, wenn die Unternehmen, die sich beim VBB zusammengeschlossen hätten, zu der Einsicht kämen, dass der Begleitservice einen wichtigen Beitrag zur Sicherung inklusiver Mobilität leiste und sie ihn deshalb aus dem Ticketverkauf finanzierten.

Sven Meyer (SPD) erklärt, man müsse zwei unterschiedliche Diskussionen führen. Die Frage, welche Projekte das Land Berlin langfristig finanzieren wolle und welche sinnvoll seien, sei unabhängig vom SGE zu führen. Beim SGE gehe es jetzt um die Überführung der Teilnehmenden in andere Arbeitsbereiche.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) erklärt, die Stadtteilmütter seien im Landesprogramm und daher seiner Kenntnis nach abgesichert. Der nächste Bericht zum SGE stehe am 30. Juni an. Vermutlich sei das Bild dann schon klarer. Dass alle Projekte erfolgreich gewesen seien, könne er nicht sagen, da er nicht alle Projekte kenne. Er habe aber in der Vergangenheit bereits auf das Projekt KARUNA verwiesen, das nicht das ursprünglich beabsichtigte Projektziel erreicht habe. Gemeinsam mit SenFin habe man Gruppenlösungen erarbeitet, die nun Stück für Stück umgesetzt würden. Diese betreffe nicht nur die Stadtteilmütter und den VBB, sondern etwa auch die 18 Beschäftigten beim FEZ sowie die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag – Drucksache 19/2291 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Mobilität und Verkehr. Sodann empfiehlt der Ausschuss, den Antrag – Drucksache 19/2275 – abzulehnen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1499

[0204](#)
ArbSoz

**Menschen vor dem Erfrierungstod bewahren:
Ganztägige Angebote in der Kältehilfe sicherstellen!**

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2242

[0230](#)
ArbSoz

**Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung
nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz**

Der Ausschuss empfiehlt ohne Aussprache die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2242 – anzunehmen. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.